

## KZ-Pflichtbesuche: Experten sind skeptisch



Sie sind freiwillig da: Besucher betreten das Konzentrationslager Sachsenhausen in Oranienburg.  
*Bild: Markus Schreiber/EPA (23. April 2017)*



**DEUTSCHLAND · Junge Menschen sollen zum Besuch eines Konzentrationslagers verpflichtet werden – diese Forderung einer SPD-Politikerin erhält vom Zentralrat der Juden Unterstützung. Doch Experten sind skeptisch.**

### **Christoph Reichmuth, Berlin**

Die Bilder brennender Israel-Flaggen mitten in Berlin gingen um die Welt. Propalästinensische Demonstranten trugen ihren Hass gegen den jüdischen Staat nach der Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, Jerusalem zur Hauptstadt Israels zu erklären, Anfang Dezember auf die Strassen jener Stadt, in der die Nationalsozialisten vor mehr als 70 Jahren die Vernichtung der Juden Europas beschlossen.

Die Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli, Tochter palästinensischer Einwanderer, hat nun den Vorschlag eingebracht, dass jedes Kind in Deutschland mindestens einmal im Leben für einen Besuch eines der Konzentrationslager verpflichtet werden soll. Die für immer mit Deutschland verknüpfte, düstere Phase der Judenvernichtung soll jener Generation, für die die Zeit des Nationalsozialismus heute bloss noch aus dem Geschichtsunterricht kennt, durch KZ-Besuche nähergebracht werden.

### **Vergleiche zur DDR-Zeit**

Chebli zielte mit ihrem Vorstoss auch auf die Vielzahl junger muslimischer Zuwanderer, welche in Deutschland leben und aus Regionen dieser Welt stammen, in denen Kindern Antiisraelismus bis Antisemitismus schon früh eingepflegt wird. Auch Zuwanderer sollen demnach die verheerende Geschichte des Nationalsozialismus lernen und verstehen. Chebli erhielt mit ihrem Vorschlag umgehend die Unterstützung des Zentralrates der Juden in Deutschland. Wer selber Flucht und

Vertreibung erlebt habe, könne nachvollziehen, wohin Verfolgung und Hass führten, sagte der Präsident des Zentralrates der Juden, Josef Schuster.

Allerdings kommen Vorbehalte gegen den gut gemeinten Vorschlag der Berliner Staatssekretärin ausgerechnet aus dem Kreis von Historikern und Leitern deutscher Gedenkstätten. Vergleiche werden gezogen zu den in der DDR üblichen Pflichtbesuchen von Mahn- und Gedenkstätten, in denen vor allem antifaschistische Widerstandskämpfer geehrt oder an die in der NS-Zeit verfolgten Kommunisten erinnert wurden. Mit eher kontraproduktiver Wirkung, sagt unter anderem **Hans-Christian Jasch**, Leiter der Gedenkstätte «Haus der Wannseekonferenz» in Berlin. «KZ-Besuche in einem verpflichtenden Rahmen führen eher zu einer Abwehrhaltung unter den Jugendlichen.» Bereits heute gehören KZ-Besuche in der Oberstufe an den meisten Schulen zum Lehrplan.

Jasch bezweifelt indes, ob eine verordnete «Empathie-Empfindung mit jüdischen Opfern» dazu führen würde, bestehenden Ressentiments gegenüber jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern entgegenzuwirken – gerade auch mit Blick auf junge Migrantinnen und Migranten aus dem arabischen Raum. Allerdings ist sich Jasch der besonderen Herausforderung mit jungen Migranten bewusst. «Die Gedenkstätten müssen sich damit auseinandersetzen, dass sich das Publikum weiter diversifiziert.» Zweifelsohne sei es wichtig, jungen Menschen etwa aus Syrien und dem Irak eine differenzierte Sichtweise über Israel zu vermitteln. «Die israelische Siedlungspolitik ist kein Indiz dafür, wie sich die Juden generell verhalten. Das müssen wir den Menschen zu verstehen geben.»

Auch Jaschs Kollege Frank Bajohr, wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte in München, hegt Zweifel an dem pädagogischen Wert verpflichtender KZ-Besuche für Jugendliche. «Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht», sagt Bajohr auf Anfrage. Der 56-Jährige verweist zudem auf die Tatsache, dass der Antisemitismus nicht in erster Linie ein Phänomen der muslimischen Bevölkerung sei. In der Tat zeigen diverse unabhängige Studien, dass antisemitische Stereotype bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet sind, Übergriffe gegen Juden kommen zu einem grossen Teil aus rechtsextremen Bereichen. «Der religiös konnotierte Antisemitismus ist historisch ein Phänomen des Christentums und nicht des Islams», sagt Bajohr.

### **«Zentrale Tatorte» nicht in Deutschland**

Allerdings betont der Holocaust-Forscher, dass es Aufgabe Deutschlands sei, Migranten die historische Relevanz des Holocausts für die Geschichte und die Politik Deutschlands deutlich zu machen. Zwangsbesuche von Konzentrationslagern würden indes kaum die gewünschte Wirkung erzielen. Hinter solchen Pflichtbesuchen stehe die Vorstellung, dass jede Gedenkstätte eine ähnliche universale Botschaft vermitteln könne, «die den Menschen immunisieren soll gegen Rassismus und Antisemitismus. Zu glauben, von diesen Orten gehe eine Aura aus, welche die Besucher nachhaltig beeindruckt, ist zu kurz gedacht.»

Bajohr gibt überdies zu bedenken, dass die auf deutschem Grund stehenden Konzentrationslager «ausnahmslos keine zentralen Tatorte des Holocausts» gewesen seien, die Vernichtung der europäischen Juden fand vor allem in Mittel- und Osteuropa statt. «Ein adäquater Überblick über die vielfältige Vernichtungspolitik kann nicht in einem einzigen Gedenkstättenbesuch verschafft werden.»